



Wiederentdeckung der Gesundheitspolitik

Bereits ein Jahr nach der jüngsten Gesundheitsreform ist die Diskussion über die nächsten Reformschritte wieder in vollem Gange.

Die jüngste Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ist kaum ein Jahr her, da gibt es bereits eine breite Diskussion über die nächste Reform. Inzwischen fordern auch die Grünen eine Überprüfung des Leistungsumfangs der gesetzlichen Krankenversicherung. „Überflüssiges, Fragwürdiges und Wünschenswertes“ wollen sie zugunsten des medizinisch Notwendigen aus dem Leistungskatalog streichen. Sogar die beitragsfreie Mitversicherung von Ehegatten ist nicht mehr tabu.

Damit bewegt sich die Partei und mit ihr Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer als Mitautorin des Konzepts auf die Positionen der Ärzteschaft zu. Zumal die Opposition auf Bundesebene die Gesundheitspolitik ganz offensichtlich als wichtiges Thema für die nächste Bundestagswahl sieht, kann man von einer Wiederentdeckung der Gesundheitspolitik sprechen.

Nur bei der SPD scheinen die Ampeln weiterhin auf Rot zu stehen. Dabei ist doch der Problemdruck zu groß, um ohne durchgreifende Reformen die nächste Bundestagswahl im Jahre 2002 abzuwarten: Rationierung, Möglichkeiten und Kosten des medizinischen Fortschritts, epidemiologische und demographische Entwicklung sowie Überforderung der nachfolgenden Generation sind Probleme, die sofort nach Lösungen verlangen.

Der Druck durch die Budgets ist inzwischen so groß geworden, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann aus der schleichenden eine galoppierende Rationierung wird. Die Patienten mussten sich auch in den letzten Wochen dieses Jahres darauf einstellen, dass Behandlungen auf das nächste Jahr verschoben werden. Auch hat es bei den Rezepten sicher Einschränkungen gegeben, die allein auf den Budgetdruck zurückzuführen sind. Trotzdem hat die nordrheinische Ärzteschaft alles getan, damit die Patienten entsprechend den Möglichkeiten ausreichend versorgt werden.

Da sich die Situation immer weiter zuspitzt, dürfen im kommenden Jahr die Versorgungsnotwendigkeiten nicht ohne Wirkung auf die Politik bleiben. Eines haben wir – gemeinsam mit den anderen Gesundheitsberufen – durch unsere vielfältigen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen zum Gesundheits-

strukturgesetz 2000 – erreicht: Das Problem der Rationierung von Gesundheitsleistungen in Folge der Budgetierung ist im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger inzwischen fest verankert.

Die politischen Parteien beginnen, darauf zu reagieren. Es finden immer häufiger Diskussionen zum Leistungsumfang der GKV, zu ihren Finanzierungsgrundlagen und ihrer Struktur statt. Wir werden auch in künftigen Debatten mit Vertretern aller Parteien darauf hinweisen, dass die Politik der Budgetierung die guten Fundamente unseres Gesundheitswesens zu zersetzen beginnt.

Ganz konkret werden wir zum Beispiel die Folgen des Arzneimittelbudgets aufzeigen: die daraus resultierenden Versorgungsprobleme, die Gefährdung der unabhängigen ärztlichen Entscheidung und damit die schwere Belastung des Patient-Arzt-Verhältnisses. Auch Teile der SPD haben inzwischen eingesehen, dass die Kollektivhaftung in ihrer ganzen Absurdität auch die gutwilligsten Ärztinnen und Ärzte zu Recht gegen ihre Partei aufbringt.

Nicht zuletzt an der Berichterstattung der Medien lässt sich ablesen, dass Rationierung für viele der Betroffenen längst kein Fremdwort mehr ist.

Als Vertreter unserer ärztlichen Körperschaften werden wir auch künftig alle Kräfte aufbieten, damit in die Gesundheitspolitik Vernunft einkehrt. Erfolge werden wir dabei nur erzielen mit einer starken ärztlichen Selbstverwaltung im Rücken, die ihre Fähigkeit zur sach- und fachnahen Problemlösung im Alltag überzeugend beweist.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die hieran im Jahr 2000 mitgewirkt haben, recht herzlich. Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein privat wie beruflich erfolgreiches Jahr 2001.

*Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer
und der Ärztekammer Nordrhein*

*Dr. Leonhard Hansen
Vorsitzender der Kassenärztlichen
Vereinigung Nordrhein*